

März 2026

Regionalabteilung Naher Osten und Nordafrika

Krieg im Nahen Osten

Wie die Staaten der Region auf die Eskalation zwischen Israel und den USA mit dem Iran reagieren

Der amerikanisch-israelische Angriff auf den Iran und die massiven Gegenreaktionen haben die gesamte Region in einen erneuten Ausnahmezustand versetzt. Von Israel über Nordafrika bis zum Golf: Regierungen positionieren sich, Gesellschaften reagieren gespalten, und diplomatische Spannungen wachsen. Eine Übersicht über die politischen Linien, sicherheitspolitischen Risiken und regionalen Dynamiken aus der Perspektive der Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten und Nordafrika liefert dieser Bericht.

Die amerikanisch-israelischen Angriffe auf den Iran seit Samstag, den 28. Februar 2026, und die anschließenden iranischen Vergeltungsschläge auf derzeit zehn Länder haben den Nahen Osten und Nordafrika innerhalb weniger Stunden in einen erneuten Krisenmodus versetzt. Nahezu alle Länder im Nahen Osten sind bereits von diesem Krieg betroffen: Regierungen sahen sich gezwungen, Position zu beziehen, diplomatische Krisenstäbe wurden aktiviert, und in den Gesellschaften entfaltete sich eine intensive öffentliche Debatte über Ursachen, Verantwortung und mögliche Folgen der Eskalation. Die Spannbreite der Reaktionen reicht von geschlossener Solidarität mit den Golfstaaten über vorsichtige diplomatische Äquidistanz bis hin zu scharfer Kritik an Israel, den USA oder dem Iran – je nach innenpolitischer Lage, sicherheitspolitischer Betroffenheit und geopolitischer Ausrichtung.

Im Zentrum dieses Berichts stehen drei Leitfragen, die die Dynamiken in den Ländern der Region strukturieren: (1) Wie fiel die erste Reaktion auf die amerikanisch-israelischen Angriffe auf den Iran aus? (2) Wie werden die iranischen Gegenangriffe bewertet? (3) Welche Erwartungen und Befürchtungen prägen aktuell die Politik und Gesellschaft der Länder?

Der Bericht zeigt aus der Perspektive der Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung im Nahen Osten und in Nordafrika, wie unterschiedlich die Staaten mit der neuen Unsicherheit umgehen: Einige rücken eng an ihre arabischen Partner am Golf oder an die USA, andere bemühen sich demonstrativ um Neutralität und Deeskalation, während wieder andere innenpolitische Konfliktlinien durch die Ereignisse verstärkt sehen. Zugleich wird deutlich, dass die Frage nach den langfristigen Folgen der Eskalation – für regionale Stabilität, innenpolitische Verhältnisse und bestehende Konflikte – überall im Raum steht.

Israel

Dr. Michael Rimmel und Pascal Franz

Premierminister Netanjahu erklärte in seiner Ansprache am 28. Februar, das Ziel der US-israelischen Militäroperation sei das Ende des iranischen Regimes. Der Krieg im vergangenen Jahr habe den Iran stark geschwächt, aber die Haltung des Regimes nicht verändert. Das Regime töte weiterhin seine Bevölkerung, rüste weiterhin Terrororganisationen aus, plane weiterhin eine Atombombe; das Ziel sei unverändert, Israel auszulöschen. Auch die iranische Opposition und große Teile der Bevölkerung nehmen das eigene Land als Bedrohung wahr und unterstützen die Operation.

Israelische Oppositionspolitiker haben sich überwiegend und demonstrativ an die Seite Netanjahus gestellt. Auch eine große Mehrheit der Bevölkerung unterstützt den Krieg und begrüßt die Eliminierung von Ajatollah Ali Khamenei und Teilen der Staatsführung. Gleichwohl ist klar, dass das Regime damit nicht gestürzt und der Krieg nicht beendet ist.

Seit Beginn des Krieges nimmt der Iran die israelische Zivilbevölkerung ins Visier. Mehrfach am Tag und in der Nacht herrscht Raketenalarm und die Menschen müssen in Schutzräume eilen. Raketeneinschläge führten bereits zu Todesopfern, Verletzten und umfangreichen Zerstörungen. 70.000 Reservisten wurden einberufen, der Luftraum gesperrt und das öffentliche Leben heruntergefahren. Das Land bereitet sich auf wochenlange Kämpfe und auf Interventionen von weiteren vom Iran finanzierten Terrororganisationen in der Region vor. Ob nach Ende der Kämpfe die Region längerfristig stabil bleiben könnte, ist die größte Frage wie auch Hoffnung.

Iran

Philipp Dienstbier

Iran wurde vom Zeitpunkt des israelischen Angriffs und der amerikanischen Attacken am Samstagmorgen überrascht und hat dabei über 40 seiner obersten Führungspersonen, darunter Ayatollah Ali Khamenei sowie den Oberkommandierenden der Revolutionsgarden verloren. Dementsprechend wütend fielen offizielle Reaktionen aus, die „harte Bestrafung“ für den „kriminellen“ Angriff proklamierten und nicht nur Israel und amerikanische Basen in der Region, sondern von Anfang an auch sämtliche benachbarte arabische Länder mit einer heftig ausgreifenden Vergeltungskampagne aus Raketen- und Drohnenattacken, teils mittels Stellvertreter im Irak oder Libanon, überzogen. Dabei greift der Iran nicht nur militärische, sondern auch zivile Infrastruktur an, was das Regime in der Staatspropaganda jedoch herunterspielt oder als legitime Angriffe auf Militärziele verklärt. Die offizielle Rhetorik bleibt daneben zwiespaltig: Während diplomatische Vertreter, wie der Außenminister, die Schuld für ein Scheitern der Verhandlungen den USA und Israel zuschieben und behaupten, weiterhin an einer diplomatischen Lösung interessiert zu sein, lehnen andere Elemente wie etwa der Vorsitzende des Nationalen Sicherheitsrats und solche Kreise, welche die militärische Macht in der Islamischen Republik besitzen, einen diplomatischen Ausweg ab und drohen, insbesondere als Vergeltung für die Tötung Khameneis, mit präzedenzlosen Gegenangriffen. Auch die Erklärung der Revolutionsgarden, dass die Straße von Hormus geschlossen sei – untermauert mit Angriffen auf Tanker –, stellt eine beispiellose Eskalation Irans dar.

Unter den regimetreuen Teilen der Bevölkerung überwiegt die Verurteilung der Angriffe und Bestürzung über die „Tragödie“ der Tötung Khameneis, für den es öffentliche Kundgebungen sowie eine Staatstrauer gibt. Umgekehrt wurden aber auch spontane Feiern und Protestaktionen gegen das Regime im Zuge des Todes des „Obersten Führers“ bekannt. Während die Opposition, die erst jüngst vom iranischen Regime brutal in landesweiten Protesten unterdrückt wurde und eine nie dagewesene Zahl von Getöteten zu beklagen hat, die Schwächung des islamischen Regimes und den Tod verschiedener Führungsfiguren begrüßt, ist unklar, ob sich gegenwärtig erneut Widerstand wie zu Jahresanfang formiert – oder unter Kriegsbedingungen überhaupt formieren kann.

Golfstaaten

Philipp Dienstbier

Die Golfstaaten – Bahrain, Katar, Kuwait, der Oman, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) – hatten vor Kriegsausbruch auf Diplomatie gesetzt, welche sie im Falle Omans und Katars selbst mitkoordiniert hatten, mit der sie eine empfindliche Deeskalationsstrategie vergangener Jahre bewahren und sich selbst davor schützen wollten, in eine kriegerische Auseinandersetzung mit Iran hineingezogen zu werden. Demensprechend sahen die Staaten des Gulf Cooperation Council (GCC) die amerikanisch-israelischen Luftangriffe als gefährliche militärische Eskalation an, welche negative Auswirkungen auf die Golfstaaten haben könnten. Die omanische Regierung, die kurz zuvor noch öffentlichkeitswirksam für ein Abkommen zwischen Washington und Teheran lobbyiert hatte, zeigte sich in öffentlichen Stellungnahmen am Angriffstag besonders bestürzt und warnte, dass aus ihrer Sicht aktive und ernsthafte Verhandlungen unterminiert und der globale Frieden damit bedroht würden. Derartige Plädoyers von omanischer Seite standen auch während der iranischen Angriffe auf die Arabische Halbinsel im Vordergrund, womit Oman einen Sonderweg unter den Golfstaaten beschreitet.

Die umfangreichen iranischen Angriffe auf Golfstaaten und andere arabische Länder – insbesondere auf zivile Infrastruktur wie Flughäfen oder Energieanlagen – haben zu scharfen öffentlichen Verurteilungen der „offenkundigen“ und „feigen“ Aggression des Iran gegen seine Nachbarstaaten geführt. Eine Reihe von Golfstaaten haben iranische Botschafter einbestellt und fünf der sechs GCC-Mitglieder, Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und die VAE, behalten sich alle – und damit auch militärische – Reaktionen gegenüber Iran vor, auch als Unterstützung untereinander. Dies deutet darauf hin, dass die Golfstaaten nicht nur die eigenen Reihen schließen – besonders bemerkenswert zwischen Abu Dhabi und Riad –, sondern zur eigenen Verteidigung auch militärisch stärker gegen den Iran vorgehen könnten als nur durch bloße Abwehr von Raketen und Drohnen. Seitens der VAE werden derartige Ankündigungen kaum noch verschleiert, Katar ist nach ersten Berichten sogar bereits zu direkten Kämpfen mit angreifenden iranischen Kampffjets übergegangen. Damit sind erste Anzeichen einer möglichen strategischen Verschiebung zu beobachten, inmitten der sich die Golfstaaten, die bislang eine Mittelposition zwischen den USA und Iran einzunehmen versuchten, nun geschlossen kritisch gegenüber dem iranischen Nachbarn positionieren. Dennoch hoffen die Golfstaaten weiterhin auf einen diplomatischen Ausweg aus dem Krieg, um die Region wieder zu stabilisieren, auch wenn die Frage im Raum steht, ob der Iran dann gestärkt aus dem Konflikt hervorgehen könnte. Aus den Reaktionen in der Öffentlichkeit der Golfstaaten sind nach einer anfänglichen Schockreaktion nun eine Wagenburgmentalität und nationale Solidaritätsgefühle wahrzunehmen. Öffentliche Stimmen aus Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien und den VAE wännen ihre Länder bedroht, sowohl vom amerikanisch-israelischen Angriff, der gegen ihren Willen erfolgt sei und den Golf in die Schusslinie gebracht habe, wie von der

aggressiven, unterschiedslosen Vergeltung Irans, welche die zuvor neutrale Rolle der Golfstaaten – Saudi-Arabien und die VAE hatten untersagt, den Angriff von US-Basen auf ihrem Territorium auszuführen – verkenne und ihre Mittlerrolle unterminierte. Auch in der Öffentlichkeit herrscht große Unterstützung für benachbarte Golfstaaten, wenngleich die omanische öffentliche Haltung, welche weiterhin stark für Dialog mit dem Iran plädiert, und dessen vermeintlich mangelnde Solidarität zum Teil auch kritisiert wird. Internationale Besorgnis über Angriffe auf weltbekannte Metropolen wie Dubai wird – nicht zuletzt von dort lebenden Ausländern – mit einer öffentlichen Kampagne begegnet, die fortbestehende Sicherheit und Stabilität vor Ort reklamiert. In Teilen der Öffentlichkeit – wie auch in bestimmten Golf-Medien, wie Al-Dschasira – wird die Verantwortung für die Eskalationsspirale zudem einseitig Israel zugesprochen unter Behauptung, das Land habe die USA in den Krieg gegen Iran gezogen – und letztendlich damit auch die Golf-Region. Auf Berichte über vereinzelte pro-iranische Proteste sowie positive Reaktionen aus Teilen der mehrheitlich schiitischen Bevölkerung Bahrains auf die iranischen Angriffe reagierte der bahrainische Staat scharf.

Jemen

Philipp Dienstbier

Im Jemen deuteten die Reaktionen der international anerkannten Regierung in Aden und die der mit Iran verbündeten Huthi-Miliz in Sanaa auf den israelisch-amerikanischen Angriff erwartungsgemäß in diametral entgegengesetzte Richtungen. Die Huthis verurteilten die Luftschläge einerseits, sprachen ihre volle Solidarität mit Teheran aus und riefen zu Demonstrationen in Sanaa und anderen jemenitischen Städten auf, denen anlässlich des Kriegsbeginns und erneut nach Bekanntwerden der Tötung Khameneis viele Menschen auch folgten. Zwar drohen die Huthis öffentlich, dass sie alle Maßnahmen zur Unterstützung Irans ergreifen könnten, was auch eine Rückkehr zum Angriff auf die Schifffahrt im Roten Meer bedeuten würde. Dennoch agiert die Miliz bislang zurückhaltender als etwa die Hisbollah und hat die im Mai 2025 mit den USA ausgehandelte Waffenruhe im Roten Meer bislang nicht offen gebrochen.

Andererseits zeigte sich die Saudi-nahe jemenitische Regierung nach der ersten Angriffswelle auf Iran zunächst zurückhaltend. Auf das iranische Raketen- und Drohnenfeuer gegen die Golfstaaten erklärte der Jemen seine „volle Solidarität“ mit diesen und verurteilte insbesondere den Angriff der Islamischen Republik auf das mit der jemenitischen Regierung verbündete Saudi-Arabien „aufs Schärfste“. Wiederholt verurteilte der Jemen zudem das iranische Regime, welchem es die „komplette Verantwortung für diese gefährliche Eskalation“ zuschrieb. Die Huthis, Gegner im jemenitischen Bürgerkrieg, warnte die Regierung in Aden davor, die Situation nicht für Kämpfe im Land auszunutzen. Erwartungsgemäß solidarisiert sich die jemenitische Regierung somit mit dem Königreich Saudi-Arabien – schließlich unterstützt Riad die Führung in Aden militärisch wie finanziell und stellt sich klar gegen die Islamische Republik, welche die verfeindeten Huthis ausrüstet und anleitet.

Irak

Veronika Ertl

Für Irak besitzen die aktuellen Auseinandersetzungen aufgrund der Rolle pro-iranischer Milizen im Land enorme Sprengkraft. Während sich die Milizen im Zwölfstagekrieg durch Druck der irakischen Regierung und Anweisungen aus Teheran nicht an den Kampfhandlungen beteiligten, verkündeten einige der Milizen, allen voran *Kata'ib Hisbollah*,

nun direkt nach den ersten amerikanisch-israelischen Angriffen auf den Iran ihren Kampfeintritt. Als Reaktion erfolgten Luftschläge gegen Stellungen der *Popular Mobilisation Forces* (PMF), ein mächtiger Zusammenschluss überwiegend schiitischer Milizen – viele unter de facto Kommando aus Teheran. Die Luftschläge wurden von den Milizen als amerikanisch-israelische Aggression scharf verurteilt.

Die Verkündung des Todes von Ali Khamenei fachte die Situation weiter an. Pro-iranische Milizen kündigten Vergeltung an und starteten Angriffe auf US-Stützpunkte in Irak und der Region Kurdistan-Irak, in die der Großteil der US-Truppen Ende 2025 verlegt wurde. Erstmals beanspruchten die Milizen auch Angriffe auf US-Stellungen außerhalb des Iraks für sich – im Sinne der von Teheran ausgegebenen Strategie der regionalen Eskalation. Auch mobilisierten pro-iranische Milizen für Proteste vor der US-Botschaft in Bagdad. Darüber hinaus fanden direkte iranische Angriffe auf US-Stützpunkte in Irak statt. Der amtierende Premierminister Sudani verurteilte die iranischen Angriffe auf Irak und warnte vor jeglichen Versuchen, die Stabilität und Sicherheit des Iraks zu untergraben.

Die irakische Regierung befindet sich entsprechend in einem diplomatischen Drahtseilakt, der die traditionell komplexe Ausbalancierung zwischen den Einflusspolen Iran und USA intensiviert. So führte Premierminister Sudani einerseits Telefonate mit Vertretern der arabischen Staaten, die von Iran angegriffen wurden, und betonte seine Solidarität. Gleichzeitig verkündete er nach der Tötung Khameneis eine dreitägige Staatstrauer. Die Lage gestaltet sich dabei noch schwieriger als in früheren Auseinandersetzungen, da sich Irak nach den vergangenen Wahlen in der Regierungsbildung befindet und sich in diesem Kontext bereits Druck von den USA und Iran sowie internen Spaltungen ausgesetzt sieht. Die Möglichkeiten der Regierung, die mächtigen und fragmentierten pro-iranischen Milizen zu kontrollieren, ist entsprechend deutlich eingeschränkt.

Libanon

Christina Baade

Der libanesischer Ministerpräsident Nawaf Salam erklärte nach den Angriffen auf den Iran, er werde nicht akzeptieren, dass der Libanon in ein „Abenteuer hereingezogen werde, welches seine Sicherheit und Einheit gefährden“ könne. In einer offiziellen Stellungnahme verwies er auf die „ernsthaften Entwicklungen“ in der Region und rief „alle Libanesen dazu auf, mit Weisheit und Patriotismus zu handeln sowie die Interessen des Landes und seiner Bevölkerung über alle anderen Erwägungen zu stellen“.

Die Terrororganisation Hisbollah verurteilte unterdessen die „amerikanisch-israelischen Feindseligkeiten gegen die Islamische Republik“, kündigte zunächst jedoch keine unmittelbaren Vergeltungsmaßnahmen gegen Israel an. Zugleich betonte sie, dass der Angriff auf den „Obersten Führer“ Ali Khamenei als „rote Linie“ betrachtet werde. In der libanesischen Öffentlichkeit überwog von Beginn an die Sorge, das Land könnte durch eine militärische Reaktion der Hisbollah erneut in einen Krieg hineingezogen werden – ähnlich wie nach dem 7. Oktober 2023, als die Hisbollah eine sogenannte Unterstützerfront eröffnete und mit Angriffen auf den Norden Israels eine monatelange militärische Eskalation zwischen Israel und der Terrororganisation auslöste.

Sowohl Präsident Joseph Aoun als auch Premierminister Nawaf Salam verurteilten die iranischen Gegenangriffe auf die Golfstaaten und bekräftigten in Gesprächen mit ihren jeweiligen Amtskollegen die Solidarität des Libanon mit den betroffenen Staaten. Mit Israel

unterhält der Libanon keine offiziellen diplomatischen Beziehungen. Entsprechend gab es in diesem Zusammenhang auch keine offiziellen Erklärungen.

Seit Beginn der heftigen israelischen Angriffe auf Stellungen und Führungspersönlichkeiten der Hisbollah – und bereits im Vorfeld – konzentriert sich die innenpolitische Debatte im Libanon auf die Frage, wie eine weitere militärische Eskalation verhindert werden kann. Bei einer Sondersitzung des Kabinetts am 2. März 2026 verurteilte Präsident Joseph Aoun die Angriffe der Hisbollah als unverantwortlich. Zugleich forderte er alle libanesischen Sicherheitsbehörden auf, weitere militärische Aktionen der Terrororganisation zu unterbinden und den Entwaffnungsprozess nördlich des Litani-Flusses zügig und mit Nachdruck umzusetzen.

Jordanien

Veronika Ertl

Jordanien sieht sich im Zuge der aktuellen regionalen Auseinandersetzungen erneut in der Schusslinie. Bereits vor und unmittelbar nach den amerikanischen und israelischen Angriffen auf den Iran betonte die Regierung, dass weder der jordanische Luftraum noch das Territorium für regionale Konflikte genutzt werden dürften und eine weitere Eskalation durch diplomatische Bemühungen verhindert werden müsse. Gleichzeitig verlegten die USA in den vergangenen Wochen zusätzliche Kampfflugzeuge auf eine Militärbasis in Jordanien – ein Schritt, der in der Bevölkerung kritisch wahrgenommen wurde, da er als erhöhtes Risiko für eine Verwicklung Jordaniens galt.

Sehr deutlich fiel die offizielle Reaktion auf die iranischen Gegenangriffe aus, die erstmals auch US-Luftwaffenstützpunkte in Jordanien ins Visier nahmen. Die Regierung verurteilte diese Angriffe scharf als Verletzung der jordanischen Souveränität und Sicherheit und bestellte den iranischen Chargé d’Affaires ein. Parallel dazu unterstrich Amman die Bedeutung des Schutzes seiner Bevölkerung und die dafür ergriffenen Maßnahmen. Zudem veröffentlichte Jordanien gemeinsam mit den USA und mehreren Golfstaaten eine Erklärung, in der das iranische Vorgehen als destabilisierend bewertet und der Zusammenhalt der Staaten beschworen wurde. Damit positioniert sich Jordanien klar an der Seite seiner arabischen Partner sowie der USA und hält an seinem außenpolitischen Ansatz fest, der auf Diplomatie, Deeskalation und die Wahrung der eigenen Souveränität und Sicherheit ausgerichtet ist.

Palästinensische Gebiete

Philipp Dienstbier

Erste palästinensische Reaktionen auf die Luftangriffe gegen den Iran umfassen sowohl Kritik an dem amerikanisch-israelischen Angriff als auch Sorge über die regionalen Auswirkungen des Krieges. Offizielle Stellungnahmen der Palästinensischen Autonomiebehörde forderten Zurückhaltung der Kriegsparteien, um eine größere regionale Konfrontation zu verhindern. Insbesondere wird die innere Einigkeit der Palästinenser beschworen, damit die regionale Unsicherheit nicht in eine interne Destabilisierung übergeht. Die Terrororganisation Hamas und andere bewaffnete, terroristische Gruppierungen haben hingegen die israelisch-amerikanischen Angriffe auf Iran scharf verurteilt und als Aggression betitelt.

In der öffentlichen Debatte kommen gemischte Sichtweisen zum Ausdruck – während bestimmte Kreise der palästinensischen Bevölkerung die iranischen Gegenangriffe auf Israel

willkommen heißen und als „Abschreckung“ titulieren, besteht ebenfalls eine ausgeprägte Skepsis gegenüber der iranischen Einflussnahme in der erweiterten Region, welche nicht zuletzt auch zur Zerstörung in Gaza und – wie nun erneut – zu einer Marginalisierung der palästinensischen Frage im Vergleich zu anderen regionalen Konflikten beigetragen und damit eine Lösung erschwert habe. Die iranischen Angriffe am Golf werden besorgt aufgenommen, allerdings vor allem mit Blick auf das Risiko einer destabilisierenden Wirkung für den gesamten Nahen Osten. Darin besteht auch die größte Erwartung für den weiteren Kriegsverlauf – ein Ausgreifen auf die Region und insbesondere ein Anheizen innerer Spannungen in den Palästinensischen Gebieten sowie eine zunehmende Konfrontation mit Israel im Fahrwasser des Krieges soll unbedingt vermieden werden.

Türkei

Dr. Ellinor Zeino und Dr. Markus Hildebrand

Die türkische Regierung verurteilt den US-amerikanischen und israelischen Angriff auf den Iran ebenso wie die iranischen Gegenschläge auf brüderliche Länder am Golf. Dies seien Verstöße gegen das Völkerrecht, bringe die Zivilbevölkerungen in Gefahr und könne eine neue militärische Eskalation auch über die Region hinaus entfachen. Laut Präsident Erdoğan gehen die Angriffe auf Provokationen des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu zurück. Präsident Erdoğan sprach nach Bekanntgabe des Todes vom iranischen Staatsoberhaupt Ali Khamenei seine Trauer und den „iranischen Brüdern“ sein Beileid aus. Ankara setze sich für eine diplomatische Lösung ein und führe kontinuierlich Gespräche mit regionalen Akteuren und den USA. Dabei biete sich die Türkei als Mediator an. Ziel der Türkei sei es, ein Waffenstillstandsabkommen zu schließen, um eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen.

Die Türkei lässt weder eine Nutzung ihres Luftraums noch jeglicher Luft-, Land- oder Seeressourcen für operative Zwecke zu. Bisher wird die türkische Grenz- oder Luftraumsicherheit nicht bedroht. Handelsminister Ömer Bolat erklärte, der Personenverkehr an den drei Grenzübergängen zum Iran werde eingestellt, aber die Einreise türkischer Staatsbürger und Staatsangehöriger von Drittstaaten aus dem Iran sei weiterhin erlaubt. Der Güterverkehr wird unter kontrollierten Bedingungen fortgesetzt und den Zollstellen wird zusätzliches Personal und Infrastruktur bereitgestellt, um den Handelsfluss ununterbrochen aufrechtzuerhalten. In der Öffentlichkeit herrscht die Sorge vor einer langfristigen regionalen Destabilisierung, die auch eine neue iranische Flüchtlingswelle verursachen könnte.

Ägypten

Steffen Krüger

Ägyptens erste Reaktion auf die US-amerikanischen und israelischen Angriffe auf Iran war geprägt von Deeskalation nach außen und erhöhter Wachsamkeit im Inland. Offiziell betonte Kairo zunächst die Gefahr einer unkontrollierbaren regionalen Eskalation und warnte vor einem Teufelskreis der Gewalt. Gleichzeitig verurteilte Ägypten Irans Gegenangriffe als Verletzung der Souveränität mehrerer arabischer Staaten und stellte sich demonstrativ an die Seite der betroffenen Golfstaaten sowie Jordaniens. Präsident Abdel Fattah al Sisi sprach von einer direkten Bedrohung für Stabilität und Sicherheit des gesamten Nahen Ostens und unterstrich die arabische Solidarität, insbesondere mit Saudi-Arabien als Kern arabischer Sicherheit.

Diplomatisch schaltete Ägypten schnell auf Krisenmodus. Präsident Al Sisi telefonierte mit den Staats- und Regierungschefs von den VAE, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien und Bahrain sowie mit dem Sultan von Oman, um Abstimmung und Risikobegrenzung zu sichern. Parallel führte Außenminister Badr Abdelatty intensive Gespräche, darunter mit Iraks Außenminister, und hielt Kontakt zu Teheran sowie zur Internationalen Atomenergiebehörde. In Kairo wurde dabei wiederholt der Anspruch betont, als vermittelnder und stabilisierender Akteur zu wirken und politische Lösungen als einzigen Ausweg zu priorisieren.

Sicherheitspolitisch gab es keine Hinweise auf eine direkte militärische Beteiligung. Stattdessen überprüfte der Verteidigungsminister die Gefechtsbereitschaft. Zivilschutz und Luftfahrt wurden hochgefahren. Ägyptens Flughäfen gingen in erhöhte Alarmbereitschaft, und *Egypt Air* setzte Flüge in mehrere regionale Ziele aus. Wirtschaftlich steht die Sorge im Vordergrund, dass eine weitere Eskalation Energiepreise, Lieferketten und Einnahmen aus dem Suezkanal trifft, etwa bei Risiken rund um die Straße von Hormus.

Marokko

Steven Höfner

Die erste offizielle Reaktion auf die Eskalation im Nahen Osten ließ nicht lange auf sich warten. Das ist ungewöhnlich für Marokko, das in vergangenen Eskalationsrunden erst mit etwas Verzögerung Stellungnahmen veröffentlichte. Diesmal bezog die marokkanische Diplomatie aber sofort Stellung und verurteilte die iranischen Attacken auf die Golfstaaten massiv. König Mohammed VI. sprach noch am Samstag mit den führenden Personen aus den Golfmonarchien und versicherte dabei die uneingeschränkte marokkanische Solidarität mit den „brüderlichen arabischen“ Golfstaaten, auch wenn diese „legitime Maßnahmen“ zum Schutz ihrer Sicherheit ergreifen würden. Die Angriffe von Israel und den USA wurden hingegen nicht erwähnt. Der Fokus in der marokkanischen Außenkommunikation liegt somit eindeutig auf dem Iran. Dies deckt sich mit der grundsätzlichen Position Marokkos im Nahen Osten, nach der man den Iran als Systemfeind betrachtet und eine Schwächung des iranischen Regimes auch im marokkanischen Interesse wäre.

In der Öffentlichkeit und im oppositionellen Spektrum gibt es allerdings auch Stimmen, die Israel und den USA eine Mitverantwortung für die Gewaltspirale in der Region attestieren. Diese Positionen stammen vor allem aus dem linken und dem islamistischen Lager, die immer wieder eine Lösung der palästinensischen Frage anmahnen, um die Region zu beruhigen. Dennoch werden auch in diesen Reihen die Reaktion des Irans als inakzeptabel betrachtet. Mit den arabischen Golfstaaten gibt es damit eine übergreifende und breite Solidarität in allen politischen Lagern Marokkos.

Mauretanien

Steven Höfner

In Mauretanien überwiegen in den offiziellen Stellungnahmen die Sorgen vor weiteren militärischen Eskalationen. Daher rief die mauretanische Führung zu einem sofortigen Stopp der Gewalt auf und betonte die Vorrangigkeit diplomatischer Lösungen im Rahmen von Souveränität und Völkerrecht. Gleichzeitig bekundete Nouakchott seine bedingungslose Solidarität mit den „arabischen Bruderstaaten“ und erklärte ausdrücklich, dass ein Angriff auf deren Sicherheit auch ein Angriff auf die Sicherheit Mauretaniens sei.

In der Öffentlichkeit sind hingegen auch andere Nuancen erkennbar. In den Online-Medien gibt es deutliche Verurteilungen der US-amerikanisch-israelischen Angriffe. Die Gewalteskalation wird dabei häufig auch in Verbindung zum Gaza-Krieg gesetzt. Vor der US-Botschaft in Nouakchott kam es zu Kundgebungen einiger studentischer Gruppen, die die Aggression im Konflikt bei Israel und den USA verorteten. Anti-israelische und anti-amerikanische Aufrufe sind seitdem in den mauretanischen Medien präsent. Für die mauretanische Führung, traditionell enger Partner der USA, ergibt sich damit ein schwieriger Balanceakt, denn die Sicherheitspartnerschaft mit den USA wird man nicht mit übermäßiger Kritik aufs Spiel setzen wollen. Zugleich sind in der mauretanischen Öffentlichkeit viele kritische Stimmen vernehmbar. So ist der Aufruf zu Gewaltverzicht und Deeskalation der für alle Seiten einende Ansatz. Hinzu kommt die Unterstützung für die arabischen Golfstaaten, die im Vergleich zu Marokko zwar insgesamt weniger präsent ausfällt, aber dennoch weitestgehend mehrheitsfähig scheint.

Algerien

Michael Bauer

In den vergangenen Tagen hat die Führung in Algier auf die militärische Eskalation zwischen Israel und den Vereinigten Staaten einerseits sowie Iran andererseits mit einer betont vorsichtigen und diplomatischen Haltung reagiert. Das algerische Außenministerium zeigte sich „tief besorgt“ über die israelischen und US-amerikanischen Angriffe auf iranisches Territorium und warnte vor einer weiteren Destabilisierung der ohnehin fragilen Sicherheitslage im Nahen Osten. Eine explizite Verurteilung einzelner Staaten blieb aus. Stattdessen rief Algerien alle Konfliktparteien zu Zurückhaltung, Dialog und einer Rückkehr zu diplomatischen Lösungen auf und betonte die Prinzipien der Nichteinmischung, der Achtung staatlicher Souveränität sowie multilateraler Konfliktlösung.

Auch hinsichtlich der iranischen Gegenangriffe auf Ziele in Israel und in arabischen Golfstaaten äußerte sich Algier besorgt. Die Angriffe wurden als Teil einer sich zuspitzenden Eskalationsspirale beschrieben. Algerien bekundete Solidarität mit den betroffenen Golfstaaten und bekräftigte seine Ablehnung jeder Verletzung von Souveränität und territorialer Integrität. Damit verfolgt die Führung eine ausgewogene Positionierung ohne erkennbare Parteinahme. Parallel aktivierten die Behörden eine Krisenzelle zur Beobachtung der Lage und zum Schutz algerischer Staatsangehöriger in der Region – ein Hinweis auf die Sorge vor einer weiteren Ausweitung des Konflikts.

In den algerischen Medien wird die Situation überwiegend als Folge einer militärischen Eskalationsdynamik dargestellt, die durch israelische und US-amerikanische Angriffe ausgelöst und durch den iranischen Gegenschlag verschärft worden sei. Kommentatoren warnen vor einem Flächenbrand und möglichen sicherheitspolitischen sowie wirtschaftlichen Folgen für Algerien.

In der Gesellschaft zeigen sich unterschiedliche Reaktionen: Neben verbreiteter Skepsis gegenüber den USA fordern einige eine deutlichere Verurteilung der israelisch-amerikanischen Angriffe und betonen arabische Solidarität. Andere verteidigen die zurückhaltende Linie als pragmatisch. Ein ideologisches Bekenntnis zum Iran bleibt marginal; stattdessen dominieren anti-imperialistische Argumente und die Sorge um Stabilität und Wirtschaft.

Tunesien

Michael Bauer

Die Reaktion Tunesiens auf die Angriffe von Israel und den Vereinigten Staaten auf Iran war von diplomatischer Äquidistanz und strategischer Zurückhaltung geprägt. In seinem offiziellen Kommuniqué vermied das tunesische Außenministerium eine namentliche Nennung der Konfliktparteien und stellte stattdessen die Prinzipien der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität in den Vordergrund. Tunis rief zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und zu einer Rückkehr zum Dialog auf.

Auch auf die iranischen Gegenangriffe auf Ziele in Israel und am Golf reagierte man mit Sorge. Offizielle Stellungnahmen ordnen die Ereignisse in eine gefährliche Eskalationsspirale ein, ohne ein klares Lager zu beziehen. Tunesien positioniert sich nicht als Teil eines militärischen Blocks, sondern betont Multilateralismus und die Rolle internationaler Institutionen, insbesondere des UN-Sicherheitsrats, bei der Eindämmung der Krise. Auffällig ist die explizite Solidaritätsbekundung mit arabischen Staaten wie Saudi-Arabien, Katar und den Vereinigten Arabischen Emiraten, was die Priorisierung regionaler Stabilität innerhalb des arabischen Raums unterstreicht.

In der Öffentlichkeit blieb die Reaktion bislang verhalten. Angesichts der angespannten sozioökonomischen Lage im Inland ist keine breite Mobilisierung erkennbar. Zwar riefen pro-iranische und panarabistische Gruppen wie *Mouvement Echaab* oder das *Réseau contre la normalisation* zu Kundgebungen auf, doch die Beteiligung blieb begrenzt, nennenswerte Ausschreitungen blieben aus. In sozialen Medien koexistieren zwei Narrative: eine anti-imperialistische Lesart, die die Angriffe scharf kritisiert und Iran als Widerstandsakteur begreift. Von dieser Seite wird die verhaltene Reaktion der Regierung kritisch bewertet. Dem gegenüber stehe eine pragmatisch-besorgte Perspektive, die vor negativen Folgen für Energiepreise, Handelsrouten und die wirtschaftliche Stabilität Tunesiens warnt. Insgesamt verfolgt Tunis eine staatszentrierte, vorsichtige Linie, die regionale Eskalation ablehnt und darauf abzielt, Beziehungen zu westlichen und arabischen Partnern gleichermaßen nicht zu gefährden.

Libyen

Michael Bauer

Libyen hat auf die US-amerikanisch-israelischen Angriffe auf den Iran mit einer klaren offiziellen Verurteilung reagiert. Sowohl die in Tripolis ansässige Regierung der Nationalen Einheit als auch das *House of Representatives* bezeichneten die Angriffe als gefährliche Eskalation und als Verletzung der staatlichen Souveränität. Das Außenministerium sprach von einem Bruch des Prinzips der „guten Nachbarschaft“ und warnte vor einer Destabilisierung der gesamten Region. Zugleich wurde der UN-Sicherheitsrat aufgefordert, seiner Verantwortung zur Wahrung von Frieden und Sicherheit nachzukommen. Auch die iranischen Gegenangriffe – insbesondere auf Ziele in den Golfstaaten – wurden kritisiert. Libysche Spitzenvertreter, darunter Premierminister Abdulhamid Dabaiba und der Vorsitzende des Präsidialrats, Mohamed al-Menfi, nahmen Kontakt mit dem Emir von Katar auf und bekundeten ausdrücklich ihre Solidarität mit Katar und anderen betroffenen Golfstaaten. Die Unterstützung für die Sicherheit und Stabilität der Golfregion wurde dabei deutlich hervorgehoben.

In der Öffentlichkeit fallen die Reaktionen differenziert aus: In sozialen Medien finden sich sowohl Stimmen, die die iranischen Vergeltungsschläge als legitime Antwort betrachten, als

auch neutral-abwartende Positionen. Straßenproteste oder größere Mobilisierungen wurden bislang nicht gemeldet. Stark im Vordergrund stehen wirtschaftliche Sorgen: Angesichts der ohnehin angespannten Lage befürchten viele Libyer steigende Transport- und Importkosten sowie einen möglichen Anstieg des Dollar-Kurses mit direkten Auswirkungen auf die Kaufkraft.

Insgesamt positioniert sich Libyen offiziell deeskalierend und völkerrechtsorientiert, ohne ein militärisches Lager zu unterstützen, betont jedoch klar seine Solidarität mit den betroffenen Golfstaaten.

Sudan

Lukas Kupfernagel

Für den 28. Februar 2026 liegt kein verifiziertes Statement der Sudanese Armed Forces (SAF) Regierung zu den US-israelischen Angriffen vor. Als Präzedenz gilt die Reaktion vom Juni 2025, als das sudanesisches Außenministerium israelische Angriffe auf Iran als „ungerechte Aggression“ verurteilte und den UN-Sicherheitsrat zu sofortigem Handeln aufrief. Auch die Rapid Support Forces (RSF) haben am 28. Februar 2026 kein verifiziertes Statement veröffentlicht. Erste belegte Reaktionen beziehen sich ausschließlich auf die iranischen Gegenangriffe vom 1. März.

Das SAF-Außenministerium verurteilte am 1. März die iranischen Raketenschläge „in den stärksten und klarsten Worten“ als „offene und illegale iranische Aggression“ und erklärte Solidarität mit Katar, Kuwait, Jordanien und Bahrain. Analytisch bemerkenswert ist, dass die VAE bewusst nicht erwähnt wurden – ein Signal der anhaltenden Verwerfung, da Khartum Abu Dhabi wiederholt als „feindlichen Staat“ bezeichnet hat, der die RSF mit Drohnen und Luftabwehrsystemen versorgt. Parallel führte Abdel Fattah Burhan Telefonate mit den Führern Katars, Jordaniens, Saudi-Arabiens und Kuwaits. Der saudische Mohammed bin Salman drückte Anerkennung für Khartums Haltung aus. Auch den iranischen Angriff auf Oman verurteilte Khartum; der Sicherheitsrat forderte den UN-Sicherheitsrat zur Intervention auf.

Die RSF bezeichnete die iranischen Angriffe als „regionalen und internationalen Terrorismus“ und verknüpfte Teherans Handeln explizit mit der iranischen Militärhilfe für die SAF – eine doppelte Botschaft, die sowohl die iranische Aggression verurteilte als auch den Gegner diskreditierte.

Die SAF positioniert sich klar im pro-Golfstaaten-Lager, aber mit einer Ausnahme: Die bewusste VAE-Auslassung schützt Khartums Anti-Abu-Dhabi-Linie, ohne die regionale Solidarität insgesamt aufzukündigen. Strukturell problematisch ist, dass sich der Saudi-VAE-Graben, den die SAF taktisch nutzen wollte, durch den Iran-Krieg schließt. Riad und Abu Dhabi rücken wieder zusammen. Mohammed bin Salman soll US-Präsident Donald Trump zuvor sogar um Sanktionen gegen die VAE wegen der RSF-Unterstützung gebeten haben. Dass dieser Hebel nun entfällt, verschlechtert Burhans diplomatische Ausgangsposition direkt.

Die RSF positioniert sich offensiv im anti-iranischen Lager und nutzt die Krise zur Delegitimierung der SAF: Wer Iran als Terroristen benennt, bezeichnet implizit die SAF als Schutzbefohlene eines Terrorregimes. Strukturell belastet der Iran-Krieg die RSF jedoch auf zwei Ebenen. Erstens finanziell: Der Angriff auf Jebel Ali und die Infrastruktur der VAE trifft die Logistikkette, über die RSF-Gold aus Sudan monetarisiert wird – Dubai ist der zentrale

Umschlagplatz. Zweitens politisch: Die Annäherung zwischen Saudi-Arabien und den VAE durch den gemeinsamen Iran-Schock schwächt die RSF strukturell, da Riad die SAF unterstützt. Das strategische Fenster, das der Saudi-VAE-Graben der RSF geöffnet hatte, schließt sich – genau wie auf SAF-Seite, aber mit umgekehrten Vorzeichen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Thomas Volk
Leiter der Abteilung Naher Osten und Nordafrika
Europäische und Internationale Zusammenarbeit
www.kas.de/nahost-nordafrika

thomas.volk@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)